

**Rede
des Bundeskanzlers
der Bundesrepublik Deutschland
Olaf Scholz, MdB**

**anlässlich des Gemeindetags des
Zentralrates der Juden in Deutschland
am**

16. Dezember 2023 in Berlin

--

**Bitte beachten Sie folgenden Sperrvermerk:
ES GILT AUSSCHLIESSLICH DAS GESPROCHENE WORT.**

Sehr geehrter Herr Dr. Schuster,

meine Damen und Herren,

ich bin froh, heute bei Ihnen zu sein.

Das ist heute mein erster Gemeindetag als Bundeskanzler, aber nicht der erste Gemeindetag in meinem Leben.

Im Jahr 2012 fand der Gemeindetag in meiner Heimatstadt Hamburg statt. Als Erster Bürgermeister durfte ich seinerzeit daran teilnehmen.

Dieter Graumann wünschte sich den Gemeindetag in seiner Rede damals als ein Fest der Vielfalt des Judentums in Deutschland.

Ich glaube, sein Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Für welche Vielfalt der Gemeindetag elf Jahre später steht, wird mit einem Blick in das über 100-seitige Programmheft dieser vier Tage ganz klar.

Politik und Gesellschaft, Religion und Gemeinschaft, Soziales und Nachhaltigkeit, Kultur und Erinnern, Gegenwart und Zukunft.

Ein beeindruckendes Fest der Vielfalt, ein Fest der Gemeinschaft, ein Fest des Zusammenlebens.

Was ich mir darüber hinaus als Botschaft dieses Gemeindetags wünsche – das habe ich als Hamburger Bürgermeister 2012 formuliert und das empfinde ich als Bundeskanzler 2023 genauso tief und in diesen Tagen noch dringender:

Dieser Gemeindetag muss für unser ganzes Land ein Fest der Selbstverständlichkeit des jüdischen Deutschlands sein.

Genauso selbstverständlich, genauso alltäglich, letztlich genauso unspektakulär wie das Deutschland jedes anderen Glaubens oder auch Nichtglaubens.

In diesen Tagen mag das wie ein frommer Wunsch erscheinen, weit ab von der Realität.

Wir alle haben den Schrecken des 7. Oktober vor Augen.

Und auch meine Gedanken sind heute Abend bei all denen, deren Angehörige und Freunde von den Terroristen der Hamas ermordet worden sind, und bei den unzähligen Familien, die weiter um ihre Liebsten bangen.

Aber ich weigere ich mich, den Wunsch nach selbstverständlichem Zusammenleben, diesen Anspruch an unser Land aufzugeben. Gerade jetzt!

Diesen Anspruch einzulösen, das beginnt mit Sichtbarkeit.

Vergangene Woche hatte ich die Freude und die Ehre, das erste Licht des Chanukka-Leuchters am Brandenburger Tor zu entzünden.

Der Leuchter war so hoch, dass man mit einer Hebebühne zu den Kerzen hinaufgefahren werden musste – sie haben die Aufnahmen möglicherweise gesehen.

Den Teil mit der Hebebühne hatte ich in der Vorbereitung des Termins anscheinend überlesen. Und so stand ich – etwas unerwartet – plötzlich mehr als 10 Meter hoch über dem Pariser Platz.

Da oben, auf der Höhe der Kerzen, blickt man weit über den Pariser Platz hinaus.

Auch das Licht der Kerze war weithin sichtbar.

Und in dem Moment erschien es mir nicht als ein frommer Wunsch, sondern fast als eine Notwendigkeit zu sagen: Dieses Licht gehört genau hierhin, an den prominentesten Platz unseres Landes, ins Herz der deutschen Hauptstadt, in unsere Mitte.

Als ein Zeichen von Hoffnung und Zuversicht in schwerer Zeit – aber auch als deutliches, unmissverständliches Zeichen jüdischer Selbstverständlichkeit.

Der Selbstverständlichkeit, dass Chanukka zu Deutschland gehört, genau wie Weihnachten und das Zuckerfest.

Dass Synagogen zu Deutschland gehören wie Kirchen und Moscheen.

Dass wir in diesem Land untrennbar zusammengehören.

Einige – zu viele – in unserem Land wollen das nicht verstehen oder – schlimmer noch: – nicht akzeptieren.

Die Bilder feiernder Zustimmung, die Bilder öffentlicher Terrorunterstützung die wir nach den schrecklichen Verbrechen der Hamas am 7. Oktober in Deutschland gesehen haben, sind alarmierend und sie sind beschämend.

Ich habe das am 9. November in der Beth Zion Synagoge hier in Berlin gesagt und möchte es hier nochmal bekräftigen:

Unser Rechtsstaat nimmt das nicht hin.

Wir schützen die jüdischen Gemeinden.

Wir bekämpfen in Deutschland jede Form von Antisemitismus, Terrorpropaganda und Menschenfeindlichkeit.

Wir verfolgen diejenigen mit den Mitteln des Strafrechts, die Terrorismus unterstützen und antisemitisch hetzen.

Und wir regeln mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht ganz klar, dass Antisemitismus einer Einbürgerung entgegensteht.

Meine Damen und Herren,

ich will hier aber auch sehr deutlich sagen:

Für die Selbstverständlichkeit, die ich mir und uns allen wünsche, für die Selbstverständlichkeit, die aus dem Motto dieses Gemeindetages –

Zusammen Leben – spricht, brauchen wir mehr als das Strafrecht, die Polizei und die Justiz.

Weit mehr.

Zusammen - Leben, Zusammenleben ist mehr, als nebeneinander her zu leben.

Zusammenleben heißt zuzuhören, hinzusehen und Hilfe anzubieten, wenn jemand Sorgen hat.

Jede und jeder in diesem Land verdient in schweren Zeiten Solidarität und Mitgefühl. Ohne Einschränkung, ohne Relativierung, ohne „Ja, aber!“

Das ist es, was unsere Gesellschaft zusammenhält.

Deshalb bekümmert es mich, wenn Igor Levit und viele andere fragen, warum Jüdinnen und Juden ihre eigenen Solidaritätskonzerte, ihre eigenen Solidaritätskundgebungen organisieren müssen. Wenn sie fragen, wo die Anteilnahme bleibt. Wo die Frage bleibt: Wie geht es Dir?

Deshalb bekümmert es mich zutiefst, wenn Sie, Herr Schuster, davon sprechen, dass es für jüdische Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Wochen zunehmend schwer geworden sei, sich in unserem Land zugehörig zu fühlen.

Einer solchen Entwicklung müssen wir uns entgegenstemmen.

Dem Mangel an Empathie, gegenüber Jüdinnen und Juden in Deutschland – aber natürlich auch gegenüber Jüdinnen und Juden in Israel – müssen wir entgegen.

Wie also können wir Empathie wecken?

Wie Interesse wecken an der Breite und Vielfalt des Judentums?

Ein Schlüssel ist und bleibt Bildung.

Dabei geht es zuallererst um die Erinnerung an das von Deutschen begangene Menschheitsverbrechen der Shoah. Die Erinnerung daran muss ganz zentral in den Bildungseinrichtungen unseres Landes wachgehalten werden. Ein Auftrag, der in Zukunft ohne Zeitzeugen nur noch dringender wird.

Neben der Vermittlung von Fakten geht es um die Vermittlung der Verantwortung, die sich aus unserer Geschichte ergibt. Eine Verantwortung, die jede und jeder der in unserem Land lebt als eigene wahrnehmen muss – unabhängig von der eigenen Herkunft, dem sozialen oder kulturellen Hintergrund.

Zu dem angesprochenen Bildungsauftrag gehört auch die Vermittlung von Wissen über die Geschichte und Gegenwart des Staates Israel und den Nahostkonflikt sowie über die verschiedenen Ausprägungen von Antisemitismus.

Ich bin froh, dass die Kultusministerkonferenz in der vergangenen Woche beschlossen hat, das noch stärker im Unterricht zu verankern.

Unwissen und Uninformiertheit verstärken Vorurteile. Wir sehen, wie sehr diese Gefahr durch die Nutzung sozialer Netzwerke noch zugenommen hat.

Umso wichtiger ist, dass wir Antisemitismus als solchen benennen, egal ob er politisch motiviert ist oder religiös, ob er von links kommt oder von rechts, ob er sich als Kunst tarnt oder als wissenschaftlicher Diskurs, ob er in Schulen oder in Universitäten zu hören ist.

Und schließlich muss zu diesem Bildungsauftrag, ich möchte sagen, zu unser aller Bildungsanspruch, gehören, mehr über das Leben der jüdischen Gemeinden in unserem Land zu wissen.

Wir sind Bürgerinnen und Bürger desselben Landes, wir sind Nachbarinnen und Nachbarn, Arbeitskolleginnen und -kollegen.

Und es gehört doch zur Herzensbildung, Anteil zu nehmen, wenn unsere Nachbarinnen und Nachbarn, Arbeitskolleginnen und -kollegen trauern oder Angst haben, sichtbar zu sein.

Diese Herzensbildung zu vermitteln, das ist es, was die große Margot Friedländer tut, wenn sie unermüdlich mit Jugendlichen, mit Schülerinnen und Schülern spricht.

Diese Herzensbildung zu vermitteln, das ist es auch, was die Freiwilligen des Programms *Meet a Jew* tun, mit denen ich mich gerade eben getroffen habe.

Ich bin ihnen sehr dankbar dafür.

Und gleichzeitig kann das nicht die Aufgabe einzelner sein.

Wir alle haben die Aufgabe, uns jeden einzelnen Tag richtig zu entscheiden: Für Empathie, für Solidarität, für ein offenes Ohr und ein offenes Herz.

Das ist die Basis unserer offenen Gesellschaft, unseres Zusammenlebens.

Das ist die Selbstverständlichkeit, von der ich zu Beginn gesprochen habe.

Die Selbstverständlichkeit des jüdischen, genauso wie des christlichen oder muslimischen, des religiösen oder nichtreligiösen, des vielfältigen, freien Deutschlands.

Dieses Deutschland verteidigen wir.

Haben Sie vielen Dank.